

Mit spitzen Fingern

Zahlungsmittel Politik und Zentralbank wollen die Benutzung von Bargeld einschränken. Die Furcht vor einer generellen Abschaffung ist übertrieben.

Mit dem 500-Euro-Schein verhält es sich ein bisschen so wie mit dem Yeti: Jeder hat schon von ihm gehört, doch kaum einer hat ihn je gesehen.

Obwohl sich der große Schein in Lila im öffentlichen Leben rarmacht, bestimmt er die öffentliche Debatte. Seit Finanzminister Wolfgang Schäuble eine Obergrenze für die Bezahlung mit Scheinen ins Gespräch gebracht hat, scheinen viele Deutsche nichts mehr zu fürchten als die Abschaffung des Bargelds. Und da passt es allzu gut ins Bild, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ernsthaft erwägt, den 500-Euro-Schein aus dem Verkehr zu ziehen, um Geldwäschern, Steuerhinterzählern und Schwarzarbeitern das Leben schwerer zu machen.

Doch ist deshalb gleich das ganze Bargeld in Gefahr?

Mit Blick auf den 500-Euro-Schein sind die Sorgen übertrieben. Im praktischen Leben spielt er fast keine Rolle. Kaum eine Tankstelle akzeptiert die Banknote, Kassierer in den Kaufhäusern fassen ihn bestenfalls mit spitzen Fingern an. In anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist ein derartig werthaltiges Stück Papier völlig fremd. In den USA etwa beträgt der Nennwert des höchsten Geldscheins 100 Dollar, in Großbritannien sind es 50 Pfund. Dennoch sind diese Länder nicht als ökonomische Zwangsstaaten bekannt, die ihre Bürger über Gebühr gängeln.

Tatsächlich sollen viele der 500er-Scheine außerhalb der Eurozone kursieren, vermutet die EZB. Beliebt sind sie auch in Ländern, in denen illegale Zahlungen am Fiskus vorbei weitverbreitet sind. Da bietet der lilafarbene Schein erhebliche logistische Vorteile. Eine Million Euro in bar, gestückelt in Scheine zu 500 Euro, wiegt gut zwei Kilogramm. Die gleiche Summe in 200-Euro-Scheinen bringt schon 5,5 Kilo auf die Waage, in 50er gestückelt über 22 Kilo.

Die Abschaffung der Banknote würde das Hantieren mit Schwarzgeld viel schwieriger machen. „Obwohl nicht jeder Bargeldgebrauch kriminell ist, nutzen alle Kriminellen früher oder später während der Geldwäsche Bargeld“, stellte die EU-Polizeibehörde Europol im Sommer vergange-

nen Jahres in einem Bericht fest. Die Arbeitsgruppe zur Geldwäschebekämpfung der OECD empfahl ihren Mitgliedstaaten bereits 2005, darüber nachzudenken, Banknoten mit hohem Nennwert abzuschaffen.

Kritiker, allen voran Hans-Werner Sinn, der scheidende Chef des Ifo-Instituts, wittern hinter den Plänen aber viel weiter reichende Ziele. In Wirklichkeit stecke dahinter die Absicht, Banken die Möglichkeit zu erschweren, sich durch Bargeldhaltung negativen Einlagenzinsen bei der EZB zu entziehen, argwöhnt Sinn. Seit Dezember müssen Kreditinstitute einen Strafzins von 0,3 Prozent zahlen, wenn sie ihr Geld über Nacht auf Konten der EZB lagern. Dem könnten sie ausweichen, wenn sie die Summen in bar im Tresor horteten. Verschwände der 500er, müssten die Banken auf den 200-Euro-Schein aus-

Kaum ein anderes Industrieland hängt so sehr am Bargeld wie Deutschland.

weichen. Die Folge: Die Institute bräuchten zweieinhalb mal so viel Tresorraum, was teuer würde.

Sinns Sorgen sind unberechtigt. Die nationalen Notenbanken in der Eurozone haben bislang keine Hinweise darauf, dass Banken in großem Stil ihr Bargeld im Tresor horteten.

Auch die Befürchtung, das Einsammeln der 500er-Noten sei der Einstieg in die komplette Abschaffung des Bargelds, wie sie derzeit international diskutiert wird, sind heillos übertrieben. Vor allem angelsächsische Ökonomen plädieren dafür mit dem Argument, eine solche Maßnahme erhöhe den Spielraum der Geldpolitik.

Im Zeitalter von Nullzinsen hätten Notenbanken Schwierigkeiten, die Geldpoli-

tik weiter zu lockern. Sie könnten zwar flächendeckend negative Zinsen verordnen, dem könnten sich Bürger und Unternehmen aber entziehen, indem sie in Bargeld flüchteten. Würde dies aus dem Verkehr gezogen, schlosse sich dieses Schlupfloch.

Bürger und Wirtschaft werden sich das Bargeld aber kaum nehmen lassen. Seit Jahren nimmt das Volumen elektronischer Zahlungen zwar zu, die Nachfrage nach Bargeld aber auch.

Kaum ein Industrieland hängt so sehr am Bargeld wie Deutschland. Und so gilt Schäubles Plan, künftig Barzahlungen über 5000 Euro zu verbieten, als Frontalangriff auf den deutschen Leitspruch „Nur Bares ist Wahres“.

Dabei folgt der Finanzminister damit nur einer Empfehlung der OECD im Kampf gegen den Terrorismus. Denn Bargeld hinterlässt bei der Finanzierung von Straftaten keine Spuren, anders als Kreditkartenabrechnungen oder Kontoauszüge. Zwölf EU-Staaten haben bereits eine solche Obergrenze. Vergangene Woche forderten die EU-Finanzminister die Kommission auf, sich einen Plan für eine gemeinsame Barzahlsschranke zu überlegen.

Eine große Koalition von Politikern der Union und FDP, von Grünen und Linken, sieht darin einen Einschnitt in die Freiheitsrechte und einen weiteren Schritt in den Überwachungsstaat.

Im wirklichen Leben kommt kaum ein Bundesbürger an das geplante Limit. Die Bundesbank will wissen, dass der Deutsche durchschnittlich 103 Euro im Portemonnaie mit sich trägt. Bereits vor Jahren stellte die EZB fest, dass Bundesbürger in der Regel zu 91 Prozent Beträge bis zu 20 Euro bar bezahlen, zwischen 200 und 1000 Euro sind es noch 21 Prozent. Über 10 000 Euro schieben gerade mal noch vier Prozent Scheine über den Tresen.

Markus Dettmer, Christian Reiermann



500-Euro-Schein
Vorteile für Geldwäscher